

Berlin, 9. April 2019

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

# Parteienmonitor aktuell



## Die Wahl zum Europäischen Parlament 2019 Positionen der Parteien

---

*Jakov Devčić, Franziska Fislage*

## Inhaltsverzeichnis

<b>Das Wichtigste zum Mitnehmen</b>	<b>2</b>
-------------------------------------	----------

<b>Positionen der Parteien zur Europawahl</b>	<b>3</b>
---	----------

---

Grundsatz.....	3
Wirtschaft und Finanzen .....	9
Migrations- und Asylpolitik .....	22
Sicherheitspolitik.....	25
Außenpolitik.....	32
Arbeit und Soziales .....	38
Digitalisierung.....	47
Klima- und Energiepolitik .....	50
Quellenangabe .....	53

## Das Wichtigste zum Mitnehmen

- › Vom 23. bis zum 26. Mai 2019 finden die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament statt.
- › Der vorliegende Parteienmonitor stellt die programmatischen Positionen der Parteien zu den wichtigsten Themen für die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament einander gegenüber. Die Inhalte der Synopse beruhen auf den verabschiedeten Wahlprogrammen der Parteien.
- › Die größten Unterschiede liegen in den Bereichen Migrations- und Asylpolitik, Arbeit und Soziales sowie Wirtschaft und Finanzen.

## Positionen der Parteien zur Europawahl

### Grundsatz

Vision für Europa	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Europa ist ein Sehnsuchtsort in der Welt. Man kann auf die Geschichte, die Werte und Kultur in Europa stolz sein. Für diese Werte und die Gemeinschaft muss man in der Welt eintreten</p> <p>Wollen ein starkes, handlungsfähiges und selbstbewusstes Europa, das mit allen Mitteln den demokratischen Rechtsstaat, die freiheitliche Grundordnung und die Achtung der Menschenwürde gegen Angriffe von innen und außen verteidigt. Der ‚European way of life‘ muss durch bürgernahe Politik verteidigt werden</p> <p>Wollen Europa als starken Staatenverbund, als erfolgreichen Wirtschaftsraum und als globalen Stabilitätsanker in der Welt</p>	<p>Die europäische Idee ist die Antwort auf die großen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft</p> <p>Wollen, dass Europas Fahne das neue Banner der freien Welt bleibt</p> <p>Müssen gemeinsam dafür sorgen, dass Europa zusammen mit anderen Partnern sein ganzes politisches Gewicht einbringt und eine friedliche, gerechte und regelbasierte internationale Ordnung fortentwickelt</p> <p>Wollen den 9. Mai zu einem gemeinsamen europäischen Feiertag umwandeln</p>	<p>Für Frieden und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat, sozialen Ausgleich, Gleichberechtigung und Bewahrung der Lebensgrundlagen</p>	<p>Europa braucht Mut zur Veränderung. Veränderung gegen Stillstand und lautes Gebrüll. Veränderung für neue Begeisterung und eine neue Form von Sachlichkeit, die schnell Fortschritte für alle bringt</p> <p>Wollen die Europäische Union stärker und besser machen</p>	<p>Treten ein für die europäische Idee von sozialer Gerechtigkeit, Humanismus und internationaler Solidarität</p>	<p>Fordern Idee eines Europas der Vaterländer, einer europäischen Gemeinschaft souveräner Staaten, die zum Wohle ihrer Bürger in all jenen Angelegenheiten zusammenwirken, die gemeinsam besser erledigt werden können</p>

Haltung zur EU	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Die EU soll sich aus „kleinen“ Dingen heraushalten und umso geschlossener und schlagkräftiger in den großen Dingen sein</p> <p>Die EU soll Sicherheit geben, Wohlstand schaffen und Frieden sichern. Deutschland geht es nur gut, wenn es der EU gut geht</p>		<p>Die Antwort auf die Herausforderungen Europas ist Europa. Die Europäische Union kann das Vertrauen in ihre demokratischen Institutionen stärken</p>	<p>Die Einheit Europas ist das Beste, was uns allen passieren konnte</p> <p>In der ganzen Welt ist die Europäische Union Vorbild des demokratischen Miteinanders geworden – und zur Heimat von mittlerweile 512 Millionen Menschen</p>	<p>Befürworten ein geeintes Europa</p>	<p>Treten ein für ein Europa als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten</p>

Haltung zu Institutionen	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Das Europäische Parlament ist die Herzkammer der europäischen Demokratie und es soll gestärkt werden</p> <p>Wollen, dass das Europäische Parlament das Initiativrecht erhält, um Gesetze auf den Weg zu bringen. Zur Verbesserung der Effizienz der Arbeit des Europäischen Parlaments soll das EP Vorschläge unterbreiten</p>	<p>Wollen mehr Transparenz durch verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen</p>	<p>Wollen, um die höchste Transparenz zu schaffen, verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen, striktere Karennzeiten und einen „legislativen Fußabdruck“ durch den die Einflussnahme Dritter auf EU-Gesetzgebung überprüfbarer wird</p> <p>Neben den Mitgliedstaaten muss die EU selbst Mitglied der Europäischen Menschenrechtskonvention werden, damit sich auch EU-Institutionen für ihr Handeln vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verantworten müssen</p> <p>Die EU-Kommission muss ihre Rolle als Hüterin der Verträge und des EU-Rechts ernst nehmen und hierfür Verstöße gegen das europäische Umweltrecht konsequent durch Vertragsverletzungsverfahren ahnden</p>	<p>Wenn sich die EU übernimmt, sollen Bundestag und Bundesrat mehr Möglichkeiten haben, dies überprüfen zu lassen</p> <p>Wollen die Frist für eine Subsidiaritätsrüge auf mindestens zwölf Wochen verlängern</p> <p>Ausschuss der Regionen soll verkleinert werden und als echte Subsidiaritätskammer nicht nur Stellungnahmen abgeben, sondern auch von seinem Recht Gebrauch machen, eine Verletzung der Subsidiarität selbst zu rügen</p> <p>Wollen in allen Ämtern in Europa Englisch als zusätzliche Verwaltungssprache einführen</p> <p>Eine starke, unabhängige Europäische Zentralbank (EZB) garantiert den stabilen Euro</p>	<p>Sind überzeugt, dass die derzeitigen EU-Verträge keine taugliche Grundlage für ein soziales, demokratisches, ökologisches und friedliches Europa sind</p>	<p>Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde das Prinzip der Volkssouveränität ausgehöhlt</p> <p>Die in den europäischen Verträgen fixierten Grundsätze der Subsidiarität und des Verbotes der Staatshaftung für Schulden anderer Staaten werden ignoriert</p> <p>Die Politik der EU-Organe, insbesondere des Europäischen Rats und der Europäischen Kommission, ist vom Feilschen um Partikularinteressen von Einzelstaaten und Lobbyklüngel dominiert</p> <p>Die demokratische Kontrolle der EU-Organe, auch durch den EuGH, ist völlig unzureichend</p>

Reformen	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen regelmäßige Prüfung, welche Aufgaben aus europäischen Haushaltsmitteln finanziert werden sollen und welche entfallen können</p> <p>Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sollen zukünftig Mehrheitsentscheidungen - und nicht wie bisher die Einstimmigkeit - Grundlage für gemeinsame Positionen sein</p> <p>Wollen einen europäischen Sicherheitsrat unter Einbezug Großbritanniens</p> <p>Die Maßnahmen der EU zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit sollen reformiert werden. Dafür soll ein neues Überwachungsinstrument geschaffen und das Einstimmigkeitsprinzip bei Sanktionen zugunsten von Mehrheitsentscheidungen aufgehoben werden</p>	<p>Wollen echte europäische Spitzenkandidat/innen</p> <p>Wollen die Einführung von europäischen Wahllisten</p> <p>Wollen transnationale Listen bei der Europawahl und ein Zweistimmen-Wahlsystem einführen: Eine Stimme für eine transnationale Liste, die von der europäischen Spitzenkandidaten angeführt wird, die sich um die Präsidentschaft der Europäischen Kommission bewerben. Mit der zweiten Stimme werden wie bisher die Kandidat/innen auf der nationalen Liste für das Europäische Parlament gewählt</p> <p>Wollen das Gesetzesinitiativrecht des Europäischen Parlaments</p>	<p>Treten an, um die notwendigen Veränderungen in der europäischen Politik für mehr Nachhaltigkeit, Solidarität und Humanität anzustoßen</p> <p>Mehr Transparenz und Abstimmung nach Mehrheitsprinzip im Europäischen Rat</p> <p>Das Europäische Parlament soll in allen Bereichen gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können und ein eigenes vollwertiges Initiativrecht für europäische Gesetzgebung erhalten</p> <p>Wollen eine breite Diskussion über Unionsmodelle wie die Vereinigten Staaten von Europa, den föderativen Bundesstaat oder die Europäische Republik führen und in die Gesellschaft tragen</p> <p>Bürgerinitiative stärken, ausbauen und entbürokratisieren</p>	<p>Das Europäische Parlament soll auch eigene Gesetzesinitiativen einbringen können</p> <p>Bis spätestens 2022 muss ein Europäischer Konvent einberufen werden, der den Weg zu einer gemeinsamen Verfassung ebnet</p> <p>Folgen bei allen Reformen einem klaren Kompass: Wollen ein einiges, kein vereinheitlichtes Europa</p> <p>Wollen die Klagebefugnis der nationalen Parlamentskammern erweitern</p> <p>Gesetze und Verordnungen sollen nach Möglichkeit durch eine Auslaufklausel (nach dem Vorbild der „Sunset-Klausel“, zum Beispiel in den USA) mit einem Ablaufdatum beschlossen werden</p>	<p>Wollen eine Neuverhandlung der Verträge</p> <p>Wollen eine Verfassung, die von den Bürgern mitgestaltet wird und über die sie zeitgleich in allen EU-Mitgliedstaaten in Volksabstimmungen entscheiden können</p> <p>Neuformierung einer europäischen Wirtschaftspolitik, die den Binnenmarkt durch die Sozialunion ergänzt</p>	<p>Wollen den Behördenapparat, sowie die Besoldung reduzieren</p> <p>Wollen das EU Parlament abschaffen</p> <p>Wollen einen neuen EuGH, der die Rolle eines supranationalen Schiedsgerichts einnimmt</p> <p>Wollen Volksabstimmungen in allen europäischen Angelegenheiten einführen</p> <p>Wollen ein verpflichtendes Lobbyregister, in dem jeglicher Kontakt mit Lobbyisten zeitnah und lückenlos veröffentlicht wird</p> <p>Wollen, dass alle Mitarbeiter und Abgeordnete der EU für ihre Renten- und Krankenvorsorge selbst aufkommen</p>

Fortsetzung Reformen	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
		<p>Wollen, dass die europäischen Volksvertreter/innen selbst Initiativen starten können für Gesetzesvorhaben</p> <p>Setzen sich für die Einführung eines gestärkten Untersuchungsrechtes für das Europäische Parlament ein</p> <p>Wollen das Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat verstärken</p> <p>Wollen das Wahlrecht mit 16 Jahren</p>	<p>Zur Änderung der Verträge unterstützt die Partei die Einberufung eines Europäischen Konvents oder einer gewählten verfassunggebenden Versammlung</p>	<p>Wollen, dass das Europäische Parlament nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidat/innen gewählt wird</p> <p>Wollen den „Wanderzirkus“ des Europäischen Parlaments zwischen Straßburg und Brüssel beenden</p> <p>Die EU-Kommission soll auf höchstens 18 Kommissare verkleinert werden</p> <p>Wollen, dass alle Sitzungen des Europäischen Rates, des Ministerrates und aller anderen zwischenstaatlichen EU-Gremien (wie der Euro-Gruppe) live übertragen und die Protokolle dieser Sitzungen und Ratsdokumente online veröffentlicht werden</p>		<p>Wollen Transparenz durch eine Veröffentlichungspflicht aller in den EU-Institutionen anfallenden Daten nach dem Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes schaffen</p> <p>Fordern die sofortige Einstellung der Parteienfinanzierung auf europäischer Ebene</p> <p>Wollen die rechtliche Gleichstellung der deutschen Sprache als Verfahrenssprache in den europäischen Institutionen</p>



Fortsetzung Reformen	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
				<p>Setzen sich dafür ein, nach der Wahl einen Europäischen Konvent nach Art. 48 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) bis spätestens 2022 einzuberufen</p> <p>Über die neue Europäische Verfassung sollen die europäischen Bürger/innen in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung abstimmen und damit die Grundlage für die Europäische Union der Zukunft schaffen</p>		

## Wirtschaft und Finanzen

EU-Wettbewerb	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen Wettbewerb stärken, da dadurch Innovation und Wohlstand entstehen</p> <p>Wollen vor allem niedrigere Abgaben, weniger Bürokratie sowie mehr Unterstützung für Forschung und Entwicklung</p> <p>Ein funktionierender und fairer Wettbewerb mit klarem Ordnungsrahmen ist der Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft und des europäischen Binnenmarktes sowie entscheidender Wohlstandstreiber</p> <p>Das Wettbewerbsrecht soll so angepasst werden, dass „European Champions“ entstehen können, die auf dem Weltmarkt mit den globalen Wettbewerbern aus USA und China mithalten können</p>	<p>Legen verbindlich fest, was durch die freien Kräfte des Marktes zur Ware werden darf und was nicht</p> <p>Die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Personennahverkehr, Pflege, öffentliche Infrastruktur (auch digitale Infrastruktur, Wasserversorgung und Wasserentsorgung) kann nicht dem Markt überlassen werden</p> <p>Wollen mehr gemeinsame industriepolitische Modellprojekte</p>	<p>Es soll einen fairen Wettbewerb und eine Begrenzung wirtschaftlicher Macht geben. Dafür ist es auch notwendig, bestehende Monopole zu zerschlagen</p> <p>Für ein starkes europäisches Kartellamt</p> <p>Für die Kontrolle digitaler Marktmacht</p> <p>Eine Kommission muss gegründet werden, die die europaweite Einführung eines maximalen Abstands zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Gehalt in einem Unternehmen prüft („Lohnhebel“)</p>	<p>Begrüßen die starke Wettbewerbsordnung in der Europäischen Union</p> <p>Wettbewerbsverzerrende Praktiken durch Steuervergünstigungen sind auch in der Zukunft konsequent zu verfolgen</p> <p>Das europäische Kartellrecht soll derart geändert werden, dass künftig auch Zusammenschlüsse von Unternehmen, die die Umsatzschwellen noch nicht erreichen, unter die Kartellaufsicht fallen, wenn durch Netzwerkeffekte (etwa im digitalen oder infrastrukturellen Bereich) eine besondere Gefahr für den Wettbewerb besteht</p>	<p>Wollen Wettbewerb in jeglichen Bereichen zurückdrängen und die Bedürfnisse der Menschen in der EU höher bewerten als den Profit für die Unternehmen</p>	<p>Aufgabe der EU ist es, den Rahmen für gemeinschaftliches, europäisches Wirtschaften zu gestalten und für faire Wettbewerbsbedingungen zu sorgen</p> <p>Wettbewerb ist eine Grundvoraussetzung für technischen Fortschritt und für günstige Verbraucherpreise</p> <p>Wollen keine Eingriffe durch den Staat</p> <p>Wollen Reduzierung des bürokratischen Aufwands und eine entsprechende Überprüfung der EU-Vergaberichtlinie, der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der Kreditvergabe-Richtlinie und der Dokumentationspflichten gerade für Kleinunternehmer</p>

Fortsetzung EU-Wettbewerb	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
				<p>Setzen sich dafür ein, dass Regulierungen auf einer unabhängigen und transparenteren Folgenabschätzung basieren und der KMU-Test auf europäischer Ebene verpflichtend angewendet wird</p> <p>Wollen, um die Wettbewerbsfähigkeit von KMU und ihre Finanzierungsmöglichkeiten sicherzustellen, bestehende Förderprogramme wie „Horizont 2020“ und das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (COSME) beibehalten und weiterentwickeln</p> <p>Wollen die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes</p> <p>Wollen einen gemeinsamen Binnenmarkt für Digitales und Energie</p>		

Handelspolitik	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen effektive und regelbasierte Partnerschaften</p> <p>Setzen sich für eine neue Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation ein, um international Handelshemmnisse weiter abzubauen</p> <p>Stärkung des Reziprozitätsprinzips bei Öffnung gegenseitiger Märkte mit Staaten außerhalb der EU</p> <p>Wollen einen neuen Versuch zum Handelsabkommen mit den USA</p> <p>Wollen weitere moderne und transparente Handelsabkommen u.a. mit Australien, Neuseeland, Vietnam und den Mercosur-Staaten zum Abschluss bringen</p> <p>Fertig verhandelte Abkommen, wie z. B. mit Kanada, Japan und Singapur, sollen umgesetzt werden</p>	<p>Europa muss treibende Kraft sein, die Verflechtung des Welthandels sozial, ökologisch und transparent zu gestalten</p> <p>Dazu benötigt es verbindliche Regelungen und eine Stärkung der WTO. Europa soll weltweit ein Beispiel sein für freien und fairen Handel</p> <p>Werden für ein gerechtes internationales Regelwerk im Rahmen der Welthandelsorganisation und von Handelsverträgen arbeiten, damit weltweit dem Recht Geltung verschafft wird und nicht das Recht des Stärkeren die Oberhand gewinnt</p> <p>Schützen die heimischen Arbeitsplätze mit effektiven Handelschutzinstrumenten</p>	<p>Die Menschenrechte müssen auch gegenüber transnationalen Unternehmen einklagbar sein</p> <p>Für die Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen Handelsverträgen der EU</p> <p>Für WTO-konforme Klimaabgaben auf schmutzige Importe</p> <p>Die Zölle auf verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern müssen abgeschafft werden</p> <p>Wegen einseitiger Gerichte und Sonderklagerechte für private Investoren lehnt die Partei CETA ab</p> <p>Fordern die Wiederbelebung der Verhandlungen im Rahmen der WTO</p>	<p>Wollen die WTO als zentralen Ort zur Schaffung eines fairen und regelbasierten globalen Welthandelsystems mit einem effektiven System der Streitbeilegung stärken</p> <p>Halten die WTO-Reform für überfällig, um notwendige Regelungen für das 21. Jahrhundert zu schaffen</p> <p>Bekennen sich zum regelbasierten Freihandel als Grundlage internationaler Handelsbeziehungen und streben daher langfristig eine weltweite Freihandelsordnung im Rahmen der WTO an</p>	<p>Wollen die Wirtschaftsbeziehungen der EU neu ausrichten und die bestehenden neoliberalen Handelsabkommen ersetzen</p> <p>Wollen einen integrierten Ansatz von Handelspolitik mit Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und friedenssichernder Politik</p>	<p>Die EU soll eine Außenwirtschaftspolitik betreiben, die sich an den Interessen der Mitgliedsstaaten ausrichtet</p> <p>Wollen Freihandel und offene Märkte, Importbeschränkungen der EU im nichttarifären Bereich sowie schrittweises Streichen von Exportsubventionen</p> <p>Handelsvereinbarungen sollen im Rahmen der WTO abgeschlossen werden</p>

Fortsetzung Handelspolitik	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen Maßnahmen ergreifen, die Unternehmen im digitalen Bereich vor Spionage, Sabotage und Cybercrime schützen</p>	<p>Die öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht durch internationale Handelsabkommen ausgehöhlt werden</p>		<p>Die umfassenden Verträge mit Kanada (CETA) und mit Japan (JEFTA) sowie die laufenden Verhandlungen über ein Investitionsabkommen mit China sind positive Beispiele. Ein entsprechender Vertrag mit den Vereinigten Staaten bleibt ein großes liberales Ziel</p> <p>Mit dem Vereinigten Königreich sollte nach dem Brexit ein umfassendes Freihandelsabkommen avisiert werden</p> <p>Lehnen Strafzölle der EU zur Erzwingung des Abschlusses von Freihandelsverträgen mit Entwicklungsländern ab</p> <p>Freihandelsabkommen sollten so angelegt sein, dass sie „EU-only“ sind, also nur Bereiche umfassen, für die die EU alleine zuständig ist</p>		

EURO	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen eine Stabilitätsunion und keine Vergemeinschaftung von Schulden und Risiken</p> <p>Mitgliedstaaten sollen vor allem in der Haushalts- und Finanzpolitik eigenverantwortlich handeln können.</p> <p>Ablehnung eines europäischen Finanzministers</p> <p>Fordern, dass Regeln des Stabilitäts-, Wachstumpakts und des Fiskalvertrags strikt eingehalten und durchgesetzt werden.</p> <p>Fordern eine Sanktionierung von Verstößen gegen die Stabilitätskriterien. Wollen Ermessensspielräume beim Defizitverfahren einschränken und mehr Sanktionsmöglichkeiten schaffen. Im Notfall muss eine Insolvenzordnung für Euro-Staaten greifen</p> <p>Verantwortung für die Sozialsysteme und Arbeitsmarktpolitik muss bei den Mitgliedstaaten bleiben</p>	<p>Wollen den Euro stark halten und Mitgliedstaaten früher und entschlossener helfen, wenn sie in eine Krise zu rutschen drohen</p> <p>Werden den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickeln, damit er künftig früher helfen kann und nicht erst, wenn die Krise da ist</p>	<p>Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die Stabilität des Euros übernehmen. Dafür braucht es eine gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone und EU</p> <p>Für einen krisenfesten Euro und einen demokratisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds</p> <p>Für die Vollendung der Bankenunion</p>	<p>Wollen den Euro als starke und stabile Gemeinschaftswährung sichern</p> <p>Befürworten die Erarbeitung eines Regelwerkes für den einvernehmlichen Austritt aus dem Euroraum – als Ultima Ratio – bei gleichzeitigem Verbleib in der Europäischen Union sowie für eine spätere Möglichkeit der Wiedereinführung der Gemeinschaftswährung</p>	<p>Eine weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion unter den derzeitigen neoliberalen und politischen Vorzeichen, wie von den EU-Institutionen vorangetrieben, würde den extremen Rechten dieses Kontinents weiteren Aufwind geben</p>	<p>Wollen Wiedereinführung einer nationalen Währung, ggf. unter paralleler Beibehaltung des Euro</p> <p>Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden</p> <p>Wollen Durchsetzung der vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung durch die EZB und der Vergemeinschaftung der Schulden sowie eine Rückführung der Befugnisse der EZB auf reine Geldpolitik, keine Umwandlung des ESM in einen europäischen Währungsfonds und ein sukzessives Ende der EZB-Anleihenkaufprogramme und der „Rettungs“-Programme über EFSF und ESM</p> <p>Lehnen Haftungs- und Transferunion ab</p> <p>Lehnen eine europäische Bankenaufsicht ab</p>

Fortsetzung EURO	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Ablehnung einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung und dauerhaften Transferzahlungen innerhalb der EU</p> <p>Wollen die Bankenunion und die Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln. Bestehende Risiken im Bankensystem müssen dafür zwingend reduziert werden. Staatsanleihen sollen nicht mehr als risikolos gelten und von Banken – genauso wie andere Anlageformen – mit Eigenkapital unterlegt werden müssen.</p> <p>Ablehnung von Bankenrettungen aus Steuermitteln. Bei allen Änderungen auf europäischer Ebene müssen die Besonderheiten des Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken erhalten bleiben</p> <p>Bekanntnis zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) im Rahmen ihres Mandats</p>					

Fortsetzung EURO	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Nur eine starke unabhängige Zentralbank kann eine wirkungsvolle Geldpolitik mit dem Ziel der Geldwertstabilität sicherstellen. Sparer dürfen nicht die Leidtragenden sein. Geld- und Finanzpolitik müssen strikt getrennt werden</p> <p>Staatsfinanzierung ist nicht Aufgabe der EZB</p> <p>Wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) weiterentwickeln. Unterstützung der Schaffung eines Europäischen Währungsfonds, da die Finanzstabilität der EU nicht vom Wohlwollen anderer Wirtschaftsmächte abhängig sein darf. Kontrollrechte des Deutschen Bundestags bleiben bestehen</p> <p>Wollen bessere Koordination und Abstimmung nationaler Wirtschaftspolitiken</p>					



Fortsetzung EURO	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Länderspezifische Empfehlungen sollen vor allem auf Strukturreformen zielen. Die Strukturfonds sollen vor allem dafür eingesetzt werden, zielgenauer Reformprozesse, Innovationen und die Wirtschaftskraft zu unterstützen</p> <p>Ablehnung der Abschaffung des Bargelds</p> <p>Europäische Haushaltsmittel müssen für Zukunftsaufgaben eingesetzt werden, die einen europäischen Mehrwert schaffen und den europäischen Bürgern nutzen</p> <p>Wollen regelmäßige Prüfung, welche Aufgaben entbehrlich sind und entfallen können. Europa soll nur dann tätig werden, wenn ein europaweites Vorgehen einen echten Mehrwert gegenüber der nationalstaatlichen Aufgabenerfüllung bringt. Subsidiarität soll gestärkt werden</p>					

Steuer	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Fordern faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft</p> <p>Setzen sich in der EU für abgestimmte Lösungen auf Basis von virtuellen Betriebsstätten ein</p> <p>Wollen eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, damit Unternehmen nach gleichen Regeln besteuert werden. Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und -besteuerung sollen angemessen berücksichtigt werden</p> <p>Fordern eine Modernisierung des Beihilferechts im Sinne von Klarheit und Rechtssicherheit</p> <p>Wollen den Umsatzsteuerbetrug weiter eindämmen und Steuerschlupflöcher schließen</p> <p>Wollen eine Finanztransaktionssteuer im europäischen Kontext mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz</p>	<p>Wollen gemeinsam dafür sorgen, dass alle Unternehmen endlich einen anständigen Beitrag für die Finanzierung des Gemeinwohls leisten.</p> <p>Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss angemessen besteuert werden und seinen Teil für die Gesellschaft leisten. Das gilt für alle, auch für die digitalen Großkonzerne</p> <p>In Europa soll eine gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei den Unternehmen eingeführt werden</p> <p>Müssen ein Mindestniveau der Besteuerung vereinbaren und sicherstellen, dass alle einen fairen Beitrag zur Staatsaufgaben leisten</p>	<p>Für eine einheitliche europäische Unternehmenssteuer inklusive fairer Mindeststeuersätze, die für alle Unternehmen gleichermaßen gilt</p> <p>Eine am Umsatz orientierte europäische Digitalsteuer rasch einführen, um das Steuerdumping digitaler Konzerne zu unterbinden</p>	<p>Stehen für Vielfalt der Steuersätze innerhalb der EU</p> <p>Befürworten im Bereich der Unternehmensbesteuerung eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer</p> <p>Lehnen die Festsetzung von Mindeststeuersätzen innerhalb der EU ebenso ab wie die Zulässigkeit sogenannter Tax-Deals</p> <p>Eine Digitalsteuer als eine Art zweite Umsatzsteuer wird abgelehnt</p> <p>Wollen ein einfaches und gerechtes Steuersystem</p> <p>Ermäßigte Umsatzsteuersätze sollen in den Mitgliedstaaten künftig nur noch für Leistungen erhoben werden, die einen Bezug zum materiellen und kulturellen Grundbedarf haben</p>	<p>Wollen eine europaweite Unternehmenssteuer für das Geschäftsmodell der privaten Wohnungsvermietung über Internetplattformen einführen</p> <p>EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen und gemeinsame Mindeststandards für die Besteuerung großer Vermögen und für Spitzeneinkommen</p> <p>Wollen Banken, die in Steueroasen operieren, die Lizenz entziehen</p> <p>Banken und anderen Dienstleistern, die Steuerhinterziehung und Geldwäsche betreiben, muss die Geschäftslizenz entzogen werden</p> <p>Wollen eine umfassende Finanztransaktionssteuer von 0,1 %</p> <p>Profite müssen in den Ländern besteuert werden, in denen die Nutzer der Digitaldienste sie nutzen</p>	<p>Die EU darf niemals Steuern erheben können</p> <p>Wollen Steuerhinterziehung und -betrug mit Hilfe der OECD beenden</p> <p>Lehnen eine EU-getriebene Harmonisierung von Unternehmenssteuern ab</p> <p>Unterstützen eine Finanztransaktionssteuer</p>

Fortsetzung Steuer	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
		<p>Wollen bis Ende 2020 eine globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen einführen</p> <p>Wollen den gemeinsamen deutsch-französischen Vorschlag für eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft ab dem 1. Januar 2021 zügig in Europa umsetzen</p> <p>Wollen eine Sondereinheit wie in Großbritannien aufbauen, die effektiv gegen Steuerbetrug vorgeht und Steuerhinterziehung konsequent verfolgt</p> <p>Wollen eine Finanztransaktionssteuer nach dem französischen Vorbild in der EU einführen</p> <p>Wollen die unterschiedlichen Körperschaftsteuern angleichen</p>		<p>Lehnen die Zuweisung eigener Steuern an die europäische Ebene oder die Einführung von EU-Steuern ab</p> <p>Lehnen eine Finanztransaktionssteuer ab</p>	<p>Einführung einer Kohlenstoffsteuer (Carbon Tax), die alle Industriezweige bzw. Branchen umfasst</p> <p>Wollen eine EU-weite Kerosinsteuer und die Mehrwertsteuer auf Flugtickets einführen</p> <p>Superreiche und Konzerne stärker besteuern als Quelle für öffentliche Investitionen</p> <p>Reiche und Superreiche müssen über eine europäische Fluchtursachensteuer an den globalen Kosten der Krisen beteiligt werden</p>	

Fortsetzung Steuer	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
		<p>Wollen ein Mindestniveau der Besteuerung vereinbaren und so sicherstellen, dass alle einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten</p> <p>Wollen bis Ende 2020 eine globale Mindestbesteuerung der digitalen Unternehmen einführen</p> <p>Der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze muss aufhören. Damit Europa in Steuerfragen gerechter wird, soll künftig die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs im europäischen Rat entscheiden</p>				

Verkehr	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen nachhaltigen Ausbau von Straßen und Schienen sowie leistungsfähigen Wasserstraßen, Häfen und Flughäfen</p> <p>Wollen eine engere Verknüpfung der unterschiedlichen nationalen Verkehrsnetze in Europa</p> <p>Elektromobilität, ÖPNV und der Schienenverkehr sollen gestärkt werden</p> <p>Bekennnis zur Erhaltung und Stärkung der Automobilindustrie als Innovationsstreiber und Garant für Wohlstand und wertvolle Arbeitsplätze</p> <p>Wollen technologieoffenen Ansatz, der geeignete Rahmenbedingungen für innovative Forschung setzt bei Entwicklung neuer emissionsarmer Antriebsformen. Dazu zählt auch die Entwicklung des sauberen Verbrennungsmotors</p> <p>Wirtschaft und Umwelt sollen gemeinsam in Einklang gebracht werden</p>	<p>Die Straßen- und die Schienenwege müssen überall in der EU verbessert werden</p> <p>Wollen die Gleichberechtigung von Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV, neuen Mobilitätsangeboten und motorisiertem Individualverkehr</p> <p>Wollen den Nachholbedarf in der Entwicklung der Infrastruktur für den ÖPNV, den Fuß- und Radverkehr schrittweise beseitigen</p> <p>Wollen eine Verkehrswende einleiten: Wollen neben ambitionierten Grenzwerten eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Antriebstechnologien und Produktionsprozesse</p> <p>Starten eine Infrastrukturoffensive für die Elektrifizierung, Vernetzung und Nutzerfreundlichkeit aller Verkehrsträger</p>	<p>Wollen eine Mobilität, die klimaneutral, kostengünstig und für alle nutzbar ist und Umwelt und Gesundheit schützt</p> <p>Mehr für Fuß- und Radverkehr, weniger, aber dafür saubere und leise Autos, bessere Zug- und ÖPNV-Angebote, weniger Kurzstreckenflüge und eine bessere Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger in der Stadt und auf dem Land</p> <p>Für eine Schifffahrt ohne Schweröl, dafür mit erneuerbaren Antrieben</p> <p>Für ein Ende der Steuerbefreiung für Kerosin</p>	<p>Es wird ein durchgehendes Netz von Verkehrswegen (TEN-V) benötigt, bei dem vor allem Engpässe auf den Hauptachsen schnell beseitigt, intermodale Hubs sowie parallel eine Infrastruktur für alternative Energien aufgebaut und der Instandhaltungsrückstau aufgelöst werden</p> <p>Wollen sich für bessere und einfachere grenzübergreifende Tarife der Verkehrsverbände einsetzen</p> <p>Unterstützen das zunehmende Sharing von Fahrangeboten und die Entwicklung von „Mobility-on-Demand“-Angeboten, in Ballungszentren sowie auch im ländlichen Raum</p> <p>Wollen Park-and-Ride-Systeme stärker fördern</p>	<p>Wollen eine Verkehrswende: Ausbau des Schienennetzes und des ÖPNV, Förderung der EU für neue Straßen und Flughäfen abschaffen</p> <p>Schrittweise Senkung der Fahrpreise bis hin zum Nulltarif</p> <p>Wollen einen Großteil des Flugverkehrs auf die Schiene verlagern</p> <p>Wollen einen grenzüberschreitenden Taktfahrplan und ein europäisches Ticketbuchungssystem</p> <p>LKW-Maut soll in der ganzen EU für Lkw ab 3,5 Tonnen verbindlich werden, externe Kosten durch Luftverschmutzung, Lärm und Klimabelastung müssen in voller Höhe angelastet werden</p>	<p>Wollen die Rheinschiene von Basel bis Rotterdam für den zukunftsfähigen Gebrauch ausbauen und den Nord-Ostsee-Kanal schnellstens sanieren</p> <p>Wollen den intermodalen Verkehr ausbauen</p> <p>Lehnen Diesel Fahrverbote strikt ab</p> <p>Lehnen die Zwangseinführung von synthetischen Kraftstoffen genauso ab, wie die Zwangsbeimischung von Bioethanol in herkömmliche Kraftstoffe (E5 und E10)</p>

Fortsetzung Verkehr	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
		<p>Wollen langfristige Konzepte zur Dekarbonisierung von Flugverkehr und Schifffahrt entwickeln</p> <p>Wollen mehr Kooperation statt Wettbewerb auf der Schiene in Europa beim Schienenpersonenfernverkehr</p> <p>Wollen die Zersplitterung des europäischen Eisenbahnverkehrs beenden</p> <p>Die Wasserstofftechnologie inklusive einer dazugehörigen Infrastruktur soll als europäisches Projekt in einer grundsätzlich ergebnisoffenen Forschung und Entwicklung weiterentwickelt werden</p>		<p>Fordern europaweit faire Wettbewerbsbedingungen insbesondere im Luft- und Schienenverkehr</p> <p>Schieneinfrastruktur muss europaweit diskriminierungsfrei für alle Bahnen im Personen- und Güterverkehr zur Verfügung gestellt werden</p>		

## Migrations- und Asylpolitik

Migration	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen Bekämpfung der illegalen Migration mit dem effektiven Vorgehen gegen Schlepperbanden und mit einem wirksamen Schutz der europäischen Außengrenzen erreichen</p> <p>Wollen die Registrierung von Migranten und Feststellung von Identitäten in europäischen Transitzentren. Keine Einreise ohne Berechtigung und ohne Papiere oder eindeutige Identitätsfeststellung</p> <p>Wollen Einrichtung regionaler Aufnahmezentren in Nordafrika</p>	<p>Wollen mehr europäische Regeln für legale Zuwanderung schaffen</p>	<p>Für ein europäisches Einwanderungsrecht mit gemeinsamen Rahmenregelungen, um gleiche Standards in Europa für die sichere und legale Einwanderung von Menschen mit verschiedenen Qualifikationsniveaus und deren Familien zu etablieren</p> <p>Für ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem</p>	<p>Eine Zuwanderung in einen anderen Mitgliedstaat, um höhere Sozialleistungen zu erhalten, ist nicht Gegenstand der Freizügigkeit und nicht Gegenstand der Europäischen Verträge</p> <p>Europa braucht endlich eine gemeinsame Einwanderungspolitik und eine wertorientierte Flüchtlingspolitik</p>	<p>Wollen legale und sichere Einreisemöglichkeiten in die EU schaffen</p> <p>Fordern eine Kündigung der Abkommen mit der Türkei und Libyen</p>	<p>Fordern Austritt aus dem UN-Migrationspakt</p> <p>Wollen umfassende Remigrationsprogramme in Deutschland und Europa</p> <p>Wollen Abkommen mit Drittländern nach australischem Vorbild um abgelehnte Migranten aufzunehmen, die nicht in ihre Heimatstaaten abgeschoben werden können</p>

Asyl	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Bekenntnis zu rechtlichen und humanitären Verpflichtungen bei gleichzeitiger Begrenzung der Zahl der ankommenden Menschen</p> <p>Wollen Fehlanreize beseitigen, Asylbewerberleistungen europaweit angleichen und auf ein Minimum beschränken</p> <p>Fordern ein einheitliches und schnelles Asylverfahren mit der Möglichkeit, innerhalb der EU einmalig einen Asylantrag zu stellen. Die grundsätzliche Zuständigkeit des Ersteinreiselandes ist beizubehalten und eine solidarische Lastenverteilung sicherzustellen</p> <p>Forderung eines gemeinsamen Standards für die Anerkennung von Asyl und eine EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen, um eine Weiterreise innerhalb Europas zu verhindern. Harmonisierung bezieht sich auf die Verfahren, Unterbringung und Versorgung</p>	<p>Diejenigen, die in Europa Schutz suchen, weil sie in ihrer Heimat aufgrund ihrer sexueller Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, müssen grundsätzlich als Asylbewerber und Asylbewerberinnen anerkannt werden</p> <p>Wollen eine Reform des Dublin-Systems, die Kriegsflüchtlinge schützt und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt</p> <p>Das Wahre des Asylrechts ist eine gemeinsame europäische Aufgabe, die solidarisch erfüllt werden muss. Sie darf nicht allein auf diejenigen Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden</p>	<p>Für ein einheitliches europäisches Asylsystem mit einem fairen und solidarischen Verteilungsmechanismus. Gegen das Dublin-System</p> <p>Wollen Stärkung der Rechte und Interessen der (Arbeits-) Migranten und ihren Schutz vor Ausbeutung</p> <p>Für einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen und Regionen unterstützt, die Flüchtlinge aufnehmen möchten</p> <p>Die EU-Asylbehörde muss in ihren Befugnissen so erweitert werden, dass sie gemeinsam mit den Mitgliedstaaten für eine schnelle Registrierung, eine humane Erstunterbringung mit medizinischer Versorgung und die anschließende schnelle und faire Verteilung sorgt</p>	<p>Beim Einwanderungs- und Asylrecht muss auf rechtsstaatliche Prinzipien und vor allem auf faire Lösungen gesetzt werden</p> <p>Wollen ein einheitliches europäisches Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrecht</p> <p>Wollen ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) „aus einem Guss“</p> <p>Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass in der Regel innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung über den Asylantrag getroffen werden kann</p> <p>Soweit Mitgliedstaaten aus wichtigem Grund nicht zur Aufnahme in der Lage sind, werden die Flüchtlinge auf andere Mitgliedstaaten mit der Maßgabe aufgeteilt, dass der nicht aufnehmende Staat die Kosten der Aufnahme übernimmt</p>	<p>Die Menschenrechtskonvention muss um das Recht auf Asyl und Schutz auf der Flucht ergänzt und für jeden Mitgliedstaat der EU verbindlich geregelt werden</p> <p>Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende an den EU-Außengrenzen sichergestellt werden</p> <p>Schutzsuchende sollen selbst entscheiden können, in welchem Land sie Asyl beantragen wollen</p> <p>Fordern verbindliches Recht auf Familiennachzug – auch für »subsidiär« Schutzberechtigte und schon während des Asylverfahrens</p>	<p>Lehnen das angestrebte Gemeinsame Europäische Asylsystem ab</p> <p>Lehnen Verteilung nach Quoten ab</p> <p>Eine Aufnahme einer begrenzten Zahl von Menschen aus humanitären Gründen in Deutschland kann künftig allein auf freiwilliger Basis erfolgen, wobei über Anzahl und Auswahlkriterien der Deutsche Bundestag entscheiden sollte</p> <p>Wollen die freiwillige Übernahme („Relocation“) von Asylbewerbern aus Italien und Griechenland stoppen</p> <p>Wollen Asyl so lange gewähren, bis eine Rückkehr in den Herkunftsstaat möglich ist</p>



Fortsetzung Asyl	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen insbesondere für Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten die Verfahren beschleunigen</p> <p>Fordern, dass Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden</p> <p>Setzen sich ein für präventive Flüchtlingsabkommen nach dem Vorbild des EU-Abkommens mit der Türkei mit Staaten Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens</p> <p>Wollen ein Migrationsmonitoring inklusive der Reisebewegungen, damit Migrationsbewegungen und entstehende Brennpunkte in einem Frühwarnsystem sichtbar gemacht werden</p>	<p>Wollen das Dublin System durch einen solidarischen Verteilungsschlüssel ersetzen. Bis zur Verabschiedung der Reform müssen einzelne aufnahmewillige Staaten oder Städte besser unterstützt werden</p> <p>Wollen die Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren und gemeinsames Handeln bei der Rückführung von vollziehbar ausreisepflichtigen Asylbewerbern</p>		<p>Treten dafür ein, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (European Asylum Support Office – EASO) in Malta finanziell und personell gestärkt wird</p> <p>Fordern eine effizientere Ausgestaltung der Verfahren und eine konsequentere und schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht</p> <p>Möchten es ermöglichen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen</p> <p>Befürworten die Einrichtung humanitärer Schutz zonen unter der Aufsicht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und/oder der Europäischen Union (EU), im Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten und mit Finanzierung der EU</p>		

## Sicherheitspolitik

Kriminalität	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen Ausbau der Austausch- und Partnerschaftsprogramme der Sicherheitsorgane</p> <p>Forderung der Erweiterung von Europol zum Europäischen FBI, wobei die operativen polizeilichen Befugnisse bei den Mitgliedstaaten verbleiben</p> <p>Wollen Ausbau der Zusammenarbeit von Justiz und Zoll in der EU sowie mit Drittländern</p> <p>Grenzüberschreitende Kriminalität muss effektiv bekämpft werden</p> <p>Setzen sich ein für kompatible europäische und nationale Datensysteme der Sicherheitsbehörden</p>		<p>Für ein Europäisches Kriminalamt mit eigenen Ermittlungsteams und zusätzliche Kompetenzen für die Europäische Staatsanwaltschaft</p> <p>Die Zusammenarbeit der Polizeibehörden der EU-Staaten verbessern</p> <p>Für eine europäische Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche</p> <p>Für eine konsequente Präventionsarbeit und eine EU-weite Verschärfung des Zugangs zu gefährlichen Waffen</p>	<p>Die europäische Polizeibehörde Europol muss zu einem europäischen Kriminalamt ausgebaut werden</p>		<p>Nationale Grenzkontrollen erleichtern den Kampf gegen Kriminalität</p>

Fortsetzung Kriminalität	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen, dass Daten über potenzielle Gefahren und Gefährder von den Sicherheitsbehörden in Europa intensiv ausgetauscht und automatisiert abgerufen werden. Die Datentöpfe des Fingerabdruckidentifizierungssystems EURODAC, des VISA-Informationssystems, des Schengener-Informationssystems und die Daten von INPOL müssen so miteinander verknüpft werden, dass alle verfügbaren Informationen zu Visa, Migration und Sicherheit zusammen von den nationalen Behörden abgefragt werden können. Nationale Behörden müssen darauf zugreifen können</p>					

Terror	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Um schlagkräftig gegen den grenzüberschreitenden Terrorismus zu kämpfen sollen die nationalen Sicherheitsbehörden in der EU besser vernetzt werden</p> <p>Innerhalb von 2 Jahren soll eine Cyber-Brigade aufgestellt werden, um Terrorismus, Bedrohung kritischer Infrastruktur und Desinformation europaweit erfolgreich abwehren zu können</p>	<p>Ob Terrorismus, Cybercrime oder Einbrüche – die Kriminalität endet nicht an den nationalen Grenzen</p> <p>Strukturen und der gemeinsame Austausch muss verbessert werden</p> <p>Setzen sich dafür ein, dass mehr nationale Kompetenzen auf das Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ECTC) übertragen werden</p> <p>Fordern eine europäische Strategie für Cyber-Sicherheit, die die Fragmentierung in diesem Bereich verringert und Sicherheitsstandards verbessert</p>	<p>Islamistisch und rechtsextrem motivierter Terrorismus agiert grenzüberschreitend</p>	<p>Perspektivisch sollen die Aufgaben der EU-Staatsanwaltschaft auch um Aufgaben bei der Terrorismusbekämpfung erweitert werden; allerdings müssen dazu vorher die entsprechenden Straftatbestände europaweit harmonisiert werden</p> <p>Fordern eine europaweite Gefährderdatei, um eine schnelle Gefahrenabwehr zu ermöglichen</p>	<p>Terrorismus ist durch die politischen, ökonomischen und Militärinterventionen des Westens mit verursacht worden und kann militärisch nicht besiegt werden</p>	<p>Der radikale Islam stellt eine akute Terrorgefahr dar und deshalb ist die Radikalisierung von Muslimen entschlossen zu bekämpfen</p>

Verteidigungs- politik	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Klares Bekenntnis zur NATO und zur transatlantischen Partnerschaft bei gleichzeitiger Stärkung europäischer Kapazitäten</p> <p>Wollen gemeinsame europäische Streitkräfte bis 2030 realisieren. Im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit soll die Kooperation der schon bereits bestehenden europäischen Armeeverbände ausgebaut werden.</p> <p>Wollen mit Hilfe der Europäischen Rüstungsagentur und dem Europäischen Verteidigungsfonds gemeinsame Rüstungsprojekte und Rüstungsbeschaffung fördern</p> <p>Wollen die Zahl der unterschiedlichen Waffensysteme reduzieren und die Entwicklung gemeinsamer militärischer Fähigkeiten und neuer Technologien vorantreiben</p>	<p>Wollen eine gemeinsame parlamentarisch kontrollierte europäische Armee</p> <p>Der Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeiten ist eine Voraussetzung für die Stärkung europäischer Souveränität und die richtige Antwort auf das Wiedererstarken des Nationalismus</p>	<p>Setzen sich für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik im Europäischen Rat ein</p> <p>Wollen ähnlich wie die Battlegroups im militärischen Bereich auch ein ziviles Einsatzteam, damit im Krisenfall schnell zivile staatliche und nicht staatliche Experten wie Polizisten, Juristen, Mediatoren oder Verfassungsexperten entsandt werden können</p> <p>Forderungen aus der NATO, die nationalen Militärausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, lehnt die Partei ab</p> <p>Die Partei steht zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung und für das Primat des Zivilen</p> <p>Für eine europäische Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert wird</p>	<p>Wollen die EU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen entscheidungs- und handlungsfähiger machen und setzen sich für eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Europa ein</p> <p>Wollen den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle zur eigenverantwortlichen Gewährleistung der Sicherheit in und für Europa</p> <p>Streben, ausgehend von einer gemeinsamen Strategieentwicklung, gemeinsamen Strukturen und einer gemeinsamen Streitkräfteplanung, schrittweise eine engere Verzahnung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen Mitgliedsländer an</p>	<p>Fordern eine Auflösung der EU Battlegroups, der Europäischen Verteidigungsagentur, von PESCO, den geplanten Rüstungshaushalten EVF, EFF und die Abrüstung aller Streitkräfte</p> <p>Wollen alle Rüstungsexporte stoppen und alle EU Förderprogramme in diesem Bereich streichen</p>	<p>Lehnen eine europäische Armee ab, da Verteidigung Aufgabe der NATO ist</p> <p>Lehnen PESCO, EU Battlegroups und den EVF strikt ab</p> <p>Fordern, das 2%-Ziel der NATO zu erreichen</p> <p>Wollen die Wehrpflicht wieder einführen</p>

Fortsetzung Verteidigungspol.	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen Schritt für Schritt eine gemeinsame Sicherheitskultur sowie gemeinsame europäische Rüstungsexportrichtlinien entwickeln</p> <p>Fordern eigene militärische Fähigkeiten, um selbst schnell und zielgerichtet auf Bedrohungslagen in der näheren Umgebung reagieren zu können</p> <p>Wollen mit europäischen Partnern, die dazu willens und fähig sind, eine Europäische Eingreiftruppe aufbauen</p> <p>Wollen schlagkräftige Cyber- Brigade aufbauen, um Cyberattacken, Terrorismus, Bedrohung kritischer Infrastruktur und Desinformation europaweit erfolgreich abwehren und selbst offensive Fähigkeiten entwickeln zu können</p>		<p>Für nachhaltige Friedenspolitik statt Waffenlieferungen an Diktatoren und in Kriegs- und Krisengebiete</p>	<p>Unterstützen die Europäische Verteidigungsunion und begrüßen den wegweisenden Beschluss von 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) in der Verteidigungspolitik zu etablieren</p> <p>Fordern die Stärkung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) gemeinsam mit dem EU-Militärstab (EUMS)</p> <p>Fordern, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes langfristig 3 % seines BIP in internationale Sicherheit (3D – defence, development and diplomacy) investiert und damit auch seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt</p> <p>Unterstützen die EU, das Atomabkommen gemeinsam mit Russland und China am Leben zu erhalten</p>		

Grenzschutz	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Fordern, FRONTEX zu einer operativen Grenzpolizei an der europäischen Außengrenze auszubauen</p> <p>Deutsche Polizisten sollen sich an der europäischen Grenzpolizei beteiligen. FRONTEX soll auf mindestens 10.000 zusätzliche Grenzschützer mit direkten Eingriffsrechten anwachsen</p> <p>FRONTEX soll dabei die klaren Vorschriften zur Grenzkontrolle und den Einreisebestimmungen an den europäischen Außengrenzen in Zusammenarbeit mit den Nationalstaaten durchsetzen</p> <p>Fordern, dass die EU das Ein- und Ausreiseregister (EES) sowie das in der Entstehung befindliche Europäische Reisegenehmigungssystem, ETIAS, schnellstmöglich in Betrieb gehen</p> <p>Temporäre Binnengrenzkontrollen sind notwendig, solange der EU-Außengrenzschutz nicht in vollem Umfang gewährleistet ist</p>	<p>Wollen keine Grenzkontrollen innerhalb der EU</p> <p>Die Grenzkontrollen innerhalb der EU sollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes schnellstmöglich eingestellt werden</p> <p>Wollen den Schutz der europäischen Außengrenzen vor illegaler Zuwanderung und konsequente Bekämpfung von Schlepperbanden und von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen und Arbeitsausbeutung, um vor allem Kinder und Frauen zu schützen</p>	<p>Wollen ein europäisches Grenzkontrollregime, das auf dem gemeinsamen Schutz der Menschenrechte basiert und das Vertrauen in das Schengen-System stärkt, und keine einseitige Aufrüstung von Frontex</p>	<p>Frontex muss endlich zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde mit eigenen Handlungsbefugnissen und Personal ausgebaut werden</p> <p>Offene Binnengrenzen sind als wesentliches Element zur Sicherung der Freizügigkeit ein zentraler Grundpfeiler der Europäischen Union</p> <p>Die Mitgliedstaaten müssen sich auf einen wirksamen europäischen Grenzschutz nach einheitlichen Maßstäben verlassen können</p> <p>Frontex soll von der jetzigen zwischenstaatlichen Struktur zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde mit eigenen Handlungsbefugnissen und Personal ausgebaut werden</p>	<p>Wollen die Auflösung von Frontex und stattdessen ein ziviles europäisches Seenot Rettungsprogramm</p>	<p>Für die Sicherung der Außengrenzen sind in erster Linie die betroffenen Staaten der EU national selbst zuständig</p> <p>Falls ein Mitgliedsstaat hierzu dauerhaft nicht allein in der Lage ist, ist dieser als letzte Maßnahme temporär oder dauerhaft aus dem Schengen-Raum auszuschließen</p> <p>Wollen neben EU-Außengrenzkontrollen auch nationale Grenzkontrollen</p>

Fortsetzung Grenzschutz	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	Setzen sich ein für eine intelligente Überwachung an den Binnengrenzen ein, u.a. durch eine Ausweitung des 30-km- Grenzraums, um anlassbezogene Kontrollen zu ermöglichen			<p>Die Agentur soll der EU-Grundrechtecharta verpflichtet und dem Europäischen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sein und regelmäßig Bericht erstatten</p> <p>Wollen einen weiteren Stellenaufbau bei Frontex</p> <p>Vorübergehende Grenzkontrollen, die auf Fälle akuten Handlungszwangs beschränkt bleiben müssen, dürfen nicht zu einer Aushebelung des Schengener Abkommens führen</p>		



## Außenpolitik

Transatlantische Beziehungen	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Die EU steht für freiheitliche Demokratie, Soziale Marktwirtschaft und eine offene Gesellschaft. Die Europäer sind weiterhin am stärksten mit Nordamerika über diese gemeinsamen Werte und Interessen verbunden</p> <p>Wollen die transatlantische Freundschaft neu beleben und wieder intensivieren. Europa muss in Zukunft einen stärkeren Beitrag in dieser Partnerschaft leisten</p> <p>Wollen neuen Anlauf für ein Handelsabkommen mit den USA</p> <p>In der Verteidigungspolitik gibt es ein klares Bekenntnis zur NATO und den USA bei gleichzeitiger Stärkung des eigenen europäischen Profils</p>		<p>Die transatlantische Partnerschaft ist ein zentraler Bezugspunkt europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die USA sind mehr als ihr derzeitiger Präsident. Eine enge Zusammenarbeit mit den amerikanischen Partnern und Netzwerken progressiver Kräfte, die eine soziale, ökologische, friedliche und menschenrechtsbasierte Politik verfolgen, bleiben wesentlicher Pfeiler der Politik der Grünen</p> <p>Die Europäische Union sollte viel stärker auf eine Zusammenarbeit mit den US-Bundesstaaten sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, vor allem in den Bereichen Ökologie, Bildung, Energie, Klimaschutz sowie Digitalisierung, setzen</p>	<p>Angesichts eines aktuell zunehmend unberechenbaren amerikanischen Präsidenten muss der transatlantische Dialog breiter und tiefer aufgestellt werden</p> <p>Dazu gehören neben zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontakten auch regelmäßige Parlaments- und Regierungskonsultationen mit den USA auf Ministerebene, wie sie schon mit Frankreich, Polen oder China bestehen</p>		<p>Gute Beziehungen zu den USA sind für Europa und Deutschland von wesentlicher Bedeutung</p> <p>Der Wandel der US-Außenpolitik zwingt Deutschland und die anderen europäischen Staaten ihre Interessen eigenständig zu formulieren und eröffnet eine Chance, diese auch wahrzunehmen</p>

Beziehungen zu Russland	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Setzen sich ein für die Verlängerung der Russland-Sanktionen ein, bis die Minsker Vereinbarungen vollständig umgesetzt sind</p> <p>In Bereichen gemeinsamer Interessen, beispielsweise bei der Abrüstung, der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen oder bei der Bekämpfung des Klimawandels, ist die Zusammenarbeit mit Russland bedeutsam. Auch bei unterschiedlich gelagerten Interessen und Konflikten ist der Dialog ein wichtiges Instrument</p>		<p>Es darf keine Abstriche in dem Eintreten für Demokratie und Menschenrechte und die Einhaltung des Völkerrechts geben. Die uneingeschränkte Gültigkeit der Schlussakte von Helsinki, die Charta von Paris sowie die Prinzipien der OSZE leiten die Politik der Grünen gegenüber Russland</p> <p>Gegen jede Verletzung der Grund- und Menschenrechte von Aktivist*innen, Journalist*innen, Oppositionellen und Minderheiten. Unterstützen das zivilgesellschaftliche Engagement in Russland</p>	<p>Wollen ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim sowie den Wiederaufbau von Vertrauen mit Russland</p> <p>Wollen Gesprächskanäle, insbesondere zur Zivilgesellschaft, offen halten</p> <p>Die russische Regierung muss zu Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Bürgerrechte und des Völkerrechts zurückkehren</p>	<p>Die angebliche Bedrohung durch Russland ist nur ein Vorwand für die Aufrüstungsprogramme von NATO und EU</p>	<p>Nur unter Einbeziehung Russlands ist eine stabile Friedensordnung in Europa denkbar</p> <p>Wollen Aufhebung der Sanktionen und Normalisierung des Verhältnisses</p> <p>Befürworten eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft und unterstützen das Projekt Nord Stream 2 unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit der mittelosteuropäischen Länder. Dadurch wird die Gasversorgung in Deutschland und der europäischen Partner auf eine breitere Basis gestellt</p>

Beziehungen zur Türkei	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Ablehnung der EU-Vollmitgliedschaft der Türkei</p> <p>Wollen eine enge Partnerschaft vereinbaren</p>	<p>Trotz der aktuellen Schwierigkeiten sind und bleiben die Beziehung zwischen der Türkei und Europa sowie Deutschland von großer Bedeutung - auch vor dem Hintergrund der vielen Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland und Europa</p>	<p>Über eine Ausweitung der Zollunion kann erst verhandelt werden, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht</p> <p>Alle Rüstungsexporte europäischer Mitgliedsstaaten gehören beendet, ebenso wie die Beteiligung europäischer Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei</p> <p>Wollen das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei beenden</p> <p>Eine mögliche Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Türkei muss an strenge, messbare Bedingungen geknüpft sein. Ein formaler Abbruch der Beitrittsgespräche wäre jedoch falsch</p>	<p>Wollen die Beitrittsgespräche der EU mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer, kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen</p>		<p>Fordern den sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und die Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen</p> <p>Lehnen Visaerleichterungen oder Visafreiheit für türkische Staatsbürger ab</p>

Brexit	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Setzen sich dafür ein, dass die Tür Großbritanniens zur Europäischen Union offen bleibt. Auch zukünftig weitere enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Großbritannien</p> <p>Ablehnung von „Rosinenpicken“</p> <p>Wollen im Rahmen der künftigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eine möglichst enge Anbindung beiderseitiger Märkte, ohne die Funktionsfähigkeit des EU-Binnenmarktes zu gefährden. Großbritannien soll weiter Teil der einzigartigen Wertegemeinschaft der EU bleiben</p>	<p>Wollen ein Europa, in dem die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien auch nach dem absehbaren Brexit eng und partnerschaftlich sind</p> <p>Großbritannien verlässt zwar die EU, bleibt aber ein wichtiges und starkes Land in und für Europa</p>	<p>Setzen sich dafür ein, dass die in der EU lebenden Briten und die in Großbritannien lebenden EU-Bürgern Rechtssicherheit haben</p> <p>Die Wahrung der vier EU-Grundfreiheiten müssen im Mittelpunkt stehen</p> <p>Einen uneingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt kann es ohne Personenfreizügigkeit und Anerkennung des EU-Rechts nicht geben</p> <p>Gegen Austritt mit Sonderstatus Die britische Regierung muss gewährleisten, dass eine harte Grenze auf der irischen Insel vermieden wird</p> <p>Die außenpolitische Zusammenarbeit mit Großbritannien soll nach dem Austritt im Rahmen internationaler Organisationen (NATO, OSZE, Europarat) gestärkt werden</p>	<p>Wollen auch nach dem Brexit eine enge Wirtschaftspartnerschaft mit Großbritannien</p> <p>Wollen, dass das Vereinigte Königreich und die Europäische Union auch nach dem Brexit in Fragen von Sicherheit, Strafverfolgung und Justiz eng zusammenarbeiten</p>		<p>Respektieren den Brexit als souveräne Entscheidung der britischen Bürger zum Verlassen der EU</p>

Erweiterung	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Bekräftigung des Grundsatzes: Vertiefung vor Erweiterung</p> <p>Aufnahme neuer Mitglieder darf nicht zur Schwächung des inneren Zusammenhalts der EU führen</p> <p>Ablehnung der Aufnahme weiterer Länder in den nächsten fünf Jahren</p> <p>Beitrittskandidaten können erst der EU beitreten, wenn sie die politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien vollständig und auf Dauer erfüllen können</p> <p>Bekräftigung der Bindung der Staaten des Westbalkans an die Europäische Union</p>	<p>Die EU-Erweiterungspolitik bleibt wichtig, um Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu fördern</p> <p>Halten an der Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans fest</p>	<p>Setzen sich dafür ein, dass der Rat im Juni 2019 sein Versprechen auch in die Realität umsetzen wird, damit Albanien und Mazedonien einen wichtigen Schritt im langjährigen EU-Beitrittsprozess vorankommen</p> <p>In jedem einzelnen Fall müssen die Beitrittsvoraussetzungen der Kopenhagener Kriterien erreicht werden müssen</p>	<p>Wollen den Weg der Erweiterung der (EU) auf die Länder des westlichen Balkans verantwortungsvoll und realistisch weitergehen</p> <p>Voraussetzung ist, dass die Beitrittskandidaten die Kopenhagener Kriterien vollständig, nachhaltig und ohne Rabatte erfüllen</p> <p>Einen Beitrittsautomatismus oder Gruppenlösungen wie 2004 oder 2007 darf es nicht geben</p>		<p>Lehnen einen Beitritt der Türkei ab</p>

Entwicklungszusammenarbeit	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Bekräftigen eine Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe</p> <p>Wollen eine Entwicklungszusammenarbeit als Bestandteil vernetzter Außenpolitik</p> <p>Bekräftigung des Marshallplans mit Afrika</p> <p>Wollen in eine nachhaltige Entwicklungspolitik im Sinne der Agenda 2030 investieren und Chancen für Aufschwung und Arbeitsplätze durch private Investitionen und faire Handelsabkommen schaffen</p> <p>Bekräftigung des Engagements im Friedensprozess in Syrien, Irak und Afghanistan. Unterstützung Nachbarstaaten Syriens bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme</p>	<p>Die Entwicklungszusammenarbeit hat die Befähigung zu stabiler Staatlichkeit sowie eigenständiger sozialer, nachhaltiger und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zum Ziel. Eine Zweckentfremdung der Mittel, etwa um ausschließlich auf Migrationsbewegungen Einfluss zu nehmen, wird genauso abgelehnt, wie das Einsetzen von Entwicklungsgeldern für militärische Zwecke</p> <p>Stehen zum Ziel, mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen</p>	<p>Für eine Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung. Das eigenständige Budget für die Entwicklungszusammenarbeit auflösen und einem allgemeinen Instrument für Außenpolitik unterordnen</p> <p>Die Kapitalflucht und Steuervermeidung aus Entwicklungs- und Schwellenländern bekämpfen</p> <p>Für eine Stärkung und bessere finanzielle Ausstattung der europäischen Organisation für humanitäre Hilfe ECHO</p>	<p>Setzen sich für eine innerhalb Deutschlands, der EU und mit den Mitgliedstaaten abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) ein, bei der die Instrumente der Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits-, Handels- und Wirtschaftspolitik nahtlos aufeinander abgestimmt sind</p> <p>Wollen eine Entwicklungszusammenarbeit, die auf die Qualität der eingesetzten Mittel setzt statt allein auf deren Quantität</p> <p>Legen Wert auf eine bessere Differenzierung bei der Auswahl der Partnerländer</p> <p>Wollen eine weitgehende Bündelung nationaler europäischer Entwicklungsfonds in einem einheitlichen Finanzierungsinstrument</p>	<p>Wollen keine Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Maßnahmen zur Migrationskontrolle</p> <p>Wollen eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit als Instrument globaler Umverteilung im Sinne sozialer Gerechtigkeit</p>	<p>Rückführung der Entwicklungspolitik auf die nationale Ebene</p> <p>Entwicklungszusammenarbeit als Hilfe zur Selbsthilfe</p> <p>China, Indien und Pakistan aber auch Staaten, die selbst Entwicklungshilfe gewähren, sollen keine, Entwicklungshilfe erhalten</p> <p>Wollen, dass die EU ihre Märkte für Güter und Dienstleistungen der Entwicklungsländer öffnet und die Ausfuhr von subventionierten Produkten in die Entwicklungsländer beenden</p> <p>Wollen strikte Verwendungskontrolle und einer regelmäßige unabhängige Evaluierung der Ergebnisse</p> <p>Humanitäre Hilfe sollte Aufgabe der Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen sein</p>

## Arbeit und Soziales

Bildung	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Das Erlernen von Fremdsprachen soll einen noch größeren Stellenwert in der Schule, im Beruf und in der Gesellschaft erhalten</p> <p>Wollen die praktische Umsetzung des europäischen Bildungsraumes und die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen</p> <p>Fordern die deutliche Erhöhung der Mittel für das neue Programm Erasmus+, um die Mobilität von Schülern, Auszubildenden und Studierenden zu fördern</p> <p>Unterstützung der Bildung Europäischer Hochschulnetzwerke, da diese das Zusammengehörigkeitsgefühl der Jugend stärkt und die Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessert</p> <p>Wollen exzellente europäische Universitäten gezielt fördern</p>	<p>Wollen die duale Ausbildung auch in Europa stärken. Dafür ist eine Verständigung über Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung notwendig. Diese beinhalten u.a. die Ausbildungsdauer für das Erlernen eines Berufes, die Art und Weise der Kooperation unterschiedlicher Lernorte, wie Betrieb und Berufsschule, und einen abgesicherten rechtlichen Status der Auszubildenden</p> <p>Wollen, dass Bildungsabschlüsse und weitere nachweisbare Qualifikationen in allen Mitgliedsstaaten selbstverständlich und unbürokratisch gegenseitig formal anerkannt werden. Ziel ist eine standardmäßige automatische Anerkennung von Qualifikationen</p>	<p>Wollen 1 Million Plätze im europäischen Freiwilligendienst schaffen und über Erasmus+ hinaus zusätzliche europäische Mittel zur Finanzierung einsetzen</p> <p>Wollen breit zugängliche, einfache und pauschalierte Antrags- und Förderverfahren für Schulen und einen rechtlichen Rahmen für Schüleraustauschprogramme anbieten</p> <p>Wollen Europäische Universitäten fördern. Die Partei strebt ein EU-Austauschprogramm an, in dem Berufstätige ihren erlernten Beruf für eine Weile in einem anderen Mitgliedsstaat ausüben können</p>	<p>Fordern die Einführung einer neuen Grundfreiheit – der Bildungsfreiheit</p> <p>Fordern, dass jeder Mensch in Europa mindestens zwei Fremdsprachen sprechen kann</p> <p>Unterstützen ein gemeinsames europäisches Geschichtsbuch unter Berücksichtigung der kulturellen und historischen Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Mitgliedsländer</p> <p>Setzen sich für die Ausweitung des Erasmus+-Programms auf allen Ebenen von Bildung und Ausbildung ein</p>	<p>Gegen Privatisierungen im Bildungsbereich</p> <p>Wollen Zugangs- und Zulassungsbeschränkungen zu Hochschulen abschaffen</p>	<p>Wollen eine höhere Grundfinanzierung von Hochschulen</p> <p>Wollen Hochschulen Aufnahmeprüfungen erlauben</p> <p>Wollen Diplom- Magisterstudiengänge wieder einführen</p> <p>Wiedereinführung der Meisterpflicht für Berufe, in denen diese abgeschafft wurde</p> <p>Das System der dualen Ausbildung soll weiter gestärkt werden und in der EU als Vorbild dienen</p> <p>Wollen den Erhalt der Förder- und Sonderschulen</p>

Fortsetzung Bildung	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen unter der Jugend das Unternehmertum und den unternehmerischen Geist voranbringen. Hierzu leistet insbesondere das duale Bildungssystem einen wichtigen Beitrag</p> <p>Wollen das lebensbegleitende Lernen, die Weiterbildung und die berufliche Fortbildung auf europäischer Ebene fördern</p>	<p>Wollen einen einheitlichen europäischen Studiausweis</p> <p>Wollen die Finanzmittel des erfolgreichen Programms Erasmus+ in der nächsten Förderperiode verdreifachen und das Programm stärker bewerben und es vor allem auch für Azubis, Menschen in Ausbildung und sozial benachteiligte junge Menschen öffnen</p> <p>Wollen die Bologna-Konferenz zu einer Europäischen Hochschulkonferenz weiterentwickeln</p>	<p>Fordern den Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung und unterstützen Vorhaben, die den institutionalisierten Aufbau einer unabhängigen und wissenschaftsorientierten Institution auf europäischer Ebene zum Ziel haben</p>	<p>Die Nationale Agentur Bildung für Europa des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) soll analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zu einer leistungsstarken Austauschagentur für die berufliche Bildung ausgebaut werden</p> <p>Setzen sich für europaweit angegliche Semesterzeiten und eine umfangreichere gegenseitige Anerkennung von Studienmodulen und -abschlüssen ein, damit ein Auslandssemester die Studienzeit junger Menschen nicht zwangsläufig verlängert</p>		



Forschung	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen eine Innovationsunion, die führend ist bei den Schlüsseltechnologien der Zukunft, und die Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sichert. Sie soll Innovationen in Bereichen wie Klimaschutz, Medizin, Mobilität und Landwirtschaft entwickeln, die den Menschen dienen</p> <p>Wollen neue Technologien und Daten nutzen, um durch Spitzenforschung beispielsweise bei der Bekämpfung von Krebs und Alzheimer voranzugehen</p> <p>Ausreichende finanzielle Ausstattung von „Horizont Europa“, dem nächsten Leit- und Rahmenprogramm der EU für Forschung und Entwicklung</p> <p>Fordern Weiterentwicklung des Programms in ein Innovationsbudget mit dem Label „Future made in Europe“</p> <p>Wollen im europäischen Forschungsraum exzellente Forschungseinrichtungen stärker vernetzen</p>	<p>Wollen die Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates (EIC) zur Förderung bahnbrechender (disruptiver) Ideen und Konzepte. Dabei muss die europäische Innovationsförderung den sozialen sowie den gesamtgesellschaftlichen Einfluss neuer Produkte, Dienstleistungen und Erkenntnisse berücksichtigen</p> <p>Wollen, dass alle EU-Mitgliedstaaten das Ziel erreichen, bis 2025 3% des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung zu investieren. Dazu sollen die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene zusammen mit der Europäischen Union zu verbindlichen Verabredungen kommen</p> <p>Ziel ist es, alleine in Deutschland bis 2025 einen Anteil von 3,5% am BIP zu erreichen</p>	<p>Für ein neues Forschungsprogramm, das angewandte und Grundlagenforschung gleichermaßen in den Blick nimmt</p> <p>Wissenschaftler, die wegen ihrer Tätigkeit verfolgt werden und ihr Land verlassen müssen, können in der EU Schutz finden und ihre Forschung frei fortführen</p>	<p>Wollen die Forschung und Entwicklung fördern und auch die Rahmenbedingungen für Start-ups und junge Unternehmen deutlich verbessern</p> <p>Treibende Kraft der Innovation ist die offene Grundlagenforschung, zu deren praktischer Umsetzung die partnerschaftliche Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaft erforderlich ist</p> <p>Die EU soll den Ausbau grenzüberschreitender Hochschulnetzwerke vorantreiben</p> <p>Streben auch punktuell die Gründung neuer Hochschulen in Trägerschaft der EU an</p> <p>Wollen die existierenden exzellenten Forschungszentren in der EU stärker vernetzen</p>		<p>Stehen für einen entpolitisierten und ideologiefreien Forschungsbetrieb und fordern dessen strikte politische und weltanschauliche Neutralität</p> <p>Befürworten die bestehende Freizügigkeit für Forscher und den freien Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse und Technologien in Europa und darüber hinaus</p> <p>Wollen eine Entflechtung der Aufgaben Forschungsförderung, Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung, eine Rückführung der Budgets in nationale Verantwortung und an den nationalen Gegebenheiten ausgerichtete Forschungsstrategien, um eine effektive Verwendung der Mittel im Sinne ihrer Bürger zu erreichen</p>

Fortsetzung Forschung	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
		<p>Wollen die Europäischen Forschungsrahmenprogramme stärken</p> <p>Wollen mehr Grundlagenforschung im Bereich der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung</p>		<p>Setzen sich für die Freiheit der Forschung ein und fordern dementsprechend, dass bei der EU-Forschungsförderung nicht politische Interessen die Schwerpunkte vorgeben</p> <p>Die EU soll die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit der Forschungszentren verstärkt unterstützen</p> <p>Fordern ein klares Bekenntnis der europäischen Förderprogramme zur ergebnisoffenen Grundlagenforschung</p> <p>Wollen, dass „Horizont Europa“ bedarfsgerecht finanziert wird</p>		<p>Bi- und multilaterale Forschungsprojekte zwischen einzelnen Staaten, wie sie bei CERN, ITER oder Wendelstein 7X erfolgreich exerziert werden, sollen Leitbildcharakter für andere Großprojekte haben</p>

Jugend	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen Austauschprogramme ausbauen</p> <p>Das Interrail-Ticket im Rahmen des „DiscoverEU“-Programms soll es künftig für jeden 18-Jährigen kostenlos geben</p> <p>Über das Europäische Solidaritätskorps kriegen junge Menschen Möglichkeiten, an Freiwilligen- oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen</p>	<p>In grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sollen Beschäftigte unter 18 Jahren und Azubis besser ihre Rechte auf Information und Anhörung durch die Unternehmensleitung wahrnehmen können</p> <p>Wollen das Europäische Solidaritätskorps als Nachfolgeprogramm des Europäischen Freiwilligendienstes stärken</p> <p>Für einen besseren Austausch zwischen jungen Menschen müssen das Bildungs- und Jugendförderprogramm Erasmus+ und der Europäische Solidaritätskorps (früher europäischer Freiwilligendienst) bedarfsgerecht ausgestattet sein und strukturell ausgebaut werden Wollen ein Sofortprogramm, das jeder und jedem unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz garantiert</p>	<p>Wollen die zielgerichtete Implementierung des #discoverEU-Projekts ermöglichen</p> <p>Wollen Jugendinitiativen und Jugendverbände unterstützen</p> <p>Treten ein für die Entwicklung eines kostenlosen digitalen Sprachenzentrums</p> <p>Sprechen sich aus für die Einrichtung eines Europäischen Jugendparlaments zur besseren Partizipation junger Menschen</p>	<p>Werden die guten Erfahrungen des Deutsch-Französischen Jugendwerks auf die europäische Ebene übertragen und ein Europäisches Jugendwerk einrichten</p> <p>Fordern bis zu einer bestimmten Altersgrenze Free Interrail</p> <p>Wollen den Europäischen Freiwilligendienst (EFD) ausbauen</p> <p>Alle Schüler/innen in der EU sollen – unabhängig von den finanziellen Verhältnissen – die Möglichkeit bekommen, mindestens sechs Monate ihrer Schulzeit in einem anderen Mitgliedstaat zu verbringen</p> <p>Abschlüsse an der Sekundarschule des einen Landes sollen in anderen Ländern anerkannt werden</p>	<p>Eine wirksame Jugendförderung und ein gut ausgebauter Bildungsbereich zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit müssen Vorrang haben</p> <p>Fordern eine neue europäische Jugendinitiative und eine Verbesserung der Jugendgarantie</p>	

Kultur	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen europäische Medienangebote fokussiert weiter entwickeln</p> <p>Fordern europäische Digitalplattformen, durch bspw. Vernetzung der Medienplattformen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit ihren europäischen Partnern</p> <p>Wollen die Plattformen einfacher zugänglich machen, damit alle in Europa den kulturellen Reichtum und die regionale wie nationale kulturelle Vielfalt noch besser erleben können</p> <p>Bei der nationalen Umsetzung der EU-Urheberrechtsrichtlinie sollen Meinungsvielfalt, Urheberrecht und Rechtssicherheit zusammengebracht werden. Es wird sichergestellt, dass es nicht zu Upload-Filtern kommt. Bekräftigung des Grundsatzes: Bezahlen statt Blocken</p>	<p>Wollen vor allem für sozial benachteiligte Jugendliche mit einem Gutschein-System den Zugang zu Kultureinrichtungen erleichtern</p> <p>Wollen auch über Kultur, Bildung und den Austausch zwischen unseren Gesellschaften erreichen, dass die Bedeutung dieses einmaligen Projekts Europa für jeden Einzelnen und jede Einzelne deutlich spürbar, erlebbar und gestaltbar wird</p> <p>Fördern den Schutz und Erhalt der kulturellen Identität, des kulturellen Erbes und eine aktive Geschichtspolitik. Starten eine europäische Strategie auch mit Blick auf die Brüche in der Geschichte Europas und zur Aufarbeitung europäischer Kolonialgeschichte, um sie zu vermitteln und für die Zukunft daraus zu lernen</p>	<p>Wollen europaweit die Investitionen in Kultur und Kunst ausweiten und den Kulturaustausch zwischen Europa und der Welt fördern</p> <p>Wollen den europäischen Film – vor allem regionale Produktionen – stärken und eine ökologisch und sozial nachhaltige Filmproduktion befördern</p> <p>Setzen sich ein für geschlechtergerechte Zugänge zu Fördermitteln</p> <p>Den Vertrieb europäischer Filme und die Entwicklung qualitativ hochwertiger Computerspiele stärker unterstützen</p>	<p>Sprechen sich für die Einrichtung einer Kulturabteilung für den Europäischen Auswärtigen Dienst aus</p> <p>Setzen sich dafür ein, dass der Europäische Auswärtige Dienst die Möglichkeiten der Kulturdiplomatie nutzt, um die Kommunikation mit Ländern aufrechtzuerhalten, bei denen die klassische Diplomatie aus politischen Gründen versagt</p> <p>Fordern die Einführung eines europaweiten Kulturfonds nach dem Vorbild des „National Trust“ in Großbritannien zum Schutz des europäischen Kulturerbes</p>	<p>Fordern ein deutliches Bekenntnis der EU zur öffentlich geförderten Kultur, damit Angebote für alle sozial gerecht zugänglich sind</p>	<p>Kulturpolitik ist Angelegenheit der Bundesländer</p> <p>Die Kulturpolitik der EU verfolgt das Ziel, die nationalen und regionalen Traditionen einer künstlich geschaffenen europäischen Einheitskultur unterzuordnen und sie für diese zu instrumentalisieren. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen für die Pflege und den Erhalt ihres Kulturerbes selbst verantwortlich sein und EU Fördermittel nur in Notfällen erhalten</p> <p>Wollen deutsche Kultur und Sprache im Ausland deutlich stärker fördern. Das Goethe-Institut und andere kulturpolitische Institutionen sind einzubeziehen, um für das Erlernen der deutschen Sprache europaweit zu werben und dieses durch Abkommen, Studienförderprogramme zu fördern</p>

Fortsetzung Kultur	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	Wollen die europäischen öffentlichen National- und Staatsbibliotheken unter dem Dach einer europäischen digitalen Bibliothek besser vernetzen	Das Goethe-Institut soll sich strukturell gegenüber europäischen Partnern und der Zivilgesellschaft weiter öffnen und neue Knotenpunkte gemeinsam mit Institutionen der Gastländer aufbauen		<p>Fordern für die neue EU-Verordnung zur Einfuhr von Kulturgütern ein ausgewogenes Regelwerk, welches der Freiheit der Kunst und dem Kulturgüter- und Denkmalschutz gleichermaßen gerecht wird und die Bedeutung des Kunsthandels für die Internationalität der Kultur- und Museumslandschaft anerkennt</p> <p>Öffentlich-rechtliche Sender der Mitgliedstaaten sollten ihren Rundfunkauftrag dadurch erfüllen, dass verstärkt über europäische Themen berichtet und europäischen Politikern mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird</p>		Lehnen die Planungen der deutschen Bundesregierung zur Finanzierung afrikanischer Museen genauso ab wie eine enge Zusammenarbeit mit dem französischen Pendant Institut Français

Arbeitsmarkt	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik muss bei den Mitgliedstaaten bleiben</p> <p>Ablehnung einer gemeinsamen Arbeitslosenversicherung, da diese zu dauerhaften Transferzahlungen innerhalb der EU führen und Anreize mindern würde, strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen</p>	<p>Wollen keine digitalen Tagelöhner/innen, die nur auf Abruf arbeiten können</p> <p>Wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung für einen inklusiven Arbeitsmarkt stärker nutzen</p> <p>Stehen für ein europäisches Konzept gegen den Fachkräftemangel</p>	<p>Praktika müssen verpflichtend entlohnt werden</p> <p>Den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit fortsetzen</p> <p>Für eine europäische Basis-Arbeitslosenversicherung, die durch die nationalen Sicherungssysteme ergänzt werden soll</p> <p>Fordern eine europaweite Richtlinie, die Kriterien für die Vergleichbarkeit von Tätigkeiten festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle schafft</p> <p>Für eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen</p>	<p>Wollen einen gemeinsamen Berufsausbildungsmarkt etablieren</p> <p>Wollen eine Europäische Ausbildungsagentur (EAA) gründen, welche freie Ausbildungsplätze in anderen EU-Mitgliedstaaten vermittelt</p> <p>Lehnen eine europäische Arbeitslosenversicherung ab</p> <p>Brauchen einen leichten Einstieg für junge Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Förderung grenzüberschreitender Mobilität</p>	<p>Wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis in der EU durchsetzen. Arbeit muss für alle Beschäftigten sicher und unbefristet, tariflich bezahlt, sozial abgesichert und demokratisch mitgestaltet sein.</p> <p>Wollen Leiharbeit abschaffen und eine sanktionierbare Grenze von 5% bei befristeten Arbeitsverträgen</p> <p>In allen EU-Ländern muss eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 40 Stunden die Grenze sein</p> <p>Wollen das Ziel der Vollbeschäftigung gesetzlich festschreiben</p>	<p>Die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften kann wertvoll sein, sofern sie am jeweiligen Arbeitsmarkt orientiert ist</p> <p>Lehnt die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsagentur (ELA) ab</p>

Mindestlohn	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Die Mitgliedstaaten bleiben für die Regulierungen zum Mindestlohn selbst verantwortlich</p>	<p>Wollen den Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und einen länderspezifischen Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten</p> <p>In allen Mitgliedsstaaten Europas sollen Mindestlöhne geschaffen werden, die mindestens 60% des nationalen Medianlohns betragen und so besser vor Armut schützen</p> <p>Ein europäischer Standard für die Mindestvergütung soll die Situation von Solo-Selbstständigen verbessern</p>	<p>Für eine europäische Mindestlohnrichtlinie, die allen Arbeitnehmern in der EU, entsprechend den Lebenshaltungskosten des jeweiligen Landes, ein auskömmliches Einkommen garantiert</p>	<p>Die Ausgestaltung von Arbeitslosenversicherung und Mindestlohn kann nur durch nationale Tarif- und Arbeitsmarktpolitik erfolgen, denn gerade der Arbeitsmarkt ist so abhängig von den unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Landes, dass eine einheitliche europäische Regelung nicht zielführend wäre</p>	<p>Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten der EU, die mindestens 60% des nationalen Medianlohns betragen</p>	

## Digitalisierung

Digitalisierung	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen Künstliche Intelligenz fördern und durch enge Zusammenarbeit einen europäischen „Global Player“ für diese Schlüsseltechnologie schaffen</p> <p>Wollen die Entstehung einer Batteriezellproduktion unterstützen, um auf diesem Zukunftsfeld nicht in Abhängigkeit von anderen Teilen der Welt zu gelangen</p> <p>Wollen den digitalen Fortschritt durch einen digitalen Binnenmarkt ermöglichen</p> <p>Möchten den europaweiten Ausbau der IT-Infrastruktur fördern</p> <p>Setzen sich für einen Europäischen Zukunftsfonds zur besseren Start-Up-Finanzierung ein</p>	<p>Wollen digitale Monopole aufbrechen</p> <p>Werden den offenen Zugang zur Nutzung von vollständig anonymisierten und nicht-personenbezogenen Daten in Europa sicherstellen und verhindern, dass Datenschütze weiterhin von einigen Monopol-Konzernen exklusiv verwertet werden</p> <p>Werden Anreize für gemeinsame Datenpools schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, auf freiwilliger Basis Daten zu teilen</p> <p>Wollen schnelles Internet und flächendeckenden Mobilfunk</p>	<p>Für ein Verbot von Diskriminierungen durch Algorithmen und eine Verpflichtung zu deren Transparenz</p> <p>Für den europaweiten Ausbau digitaler Infrastruktur und ein freies und offenes Internet für alle</p> <p>Wollen die anlasslose Massenüberwachung beenden</p> <p>Setzen sich ein für Regeln für soziale Medien, damit Hass und Hetze wirksam entgegentreten wird</p> <p>Wollen innovative und datenschutzfreundliche Unternehmen als digitales Alleinstellungsmerkmal Europas fördern und „Privacy by Design“ und „Data Protection made in Europe“ zum Wettbewerbsvorteil machen</p>	<p>Fordern die Einrichtung von mehr digitalen Beteiligungsformen auf der Basis eines elektronischen Personalausweises für EU-Bürger/innen</p> <p>Wollen politische Befragungen und Abstimmungen in Ergänzung der Europawahlen digital durchführen und die Hürden für eine erfolgreiche EU-Bürgerinitiative abbauen</p> <p>Wollen Gigabit-Infrastrukturen in der Fläche für Europa</p> <p>Wollen die europäische Glasfaserinfrastruktur und den Ausbau der 5G-Funktechnologie in der Fläche mithilfe der Connecting Europe Facility vorantreiben</p>	<p>Wollen Garantie von Netzneutralität, Datenschutz und modernem Urheberrecht</p> <p>Lehnen eine Privatisierung der öffentlichen (Daten-)Infrastruktur ab</p> <p>Wollen eine Gewährleistung der Netzneutralität durch europäische Aufsicht</p>	<p>Fordern die Abschaffung der DSGVO und die Rückkehr zu nationalen Gesetzen bis zu einer endgültigen grundlegenden Novellierung des EU-Rechts</p> <p>Lehnen Uploadfilter und das NetzDG ab</p> <p>Die von der EU vorgestellten Konzepte zur Förderung der Digitalisierung dürfen nicht in die Bildungssouveränität der Mitgliedstaaten eingreifen</p> <p>Unterstützen Maßnahmen zur Stärkung der informationellen Selbstbestimmung und den Einsatz leistungsfähiger Verschlüsselungstechniken</p>



Fortsetzung Digitalisierung	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
		<p>Fördern die stärkere Zusammenarbeit der europäischen Forschung im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) und systematische Förderung von Anwendungen, die den Menschen im Arbeitsprozess aufwerten</p> <p>Fördern den Aufbau europäischer Cloud-Anbieter, die die Daten-Souveränität europäischer Bürger/innen sowie der europäischen Unternehmen sicherstellen und den hohen europäischen Datenschutzbestimmungen genügen</p>		<p>Wollen europäische Hauptverkehrsachsen mit der digitalen Infrastruktur des 5G-Mobilfunkstandards ausrüsten</p> <p>Anbieter, gegen die Sicherheitsbedenken bestehen beziehungsweise die strenge Transparenzkriterien nicht erfüllen, müssen von entsprechenden Auftragsvergaben ausgeschlossen werden</p> <p>Fordern europäische Digital-Freiheitszonen</p> <p>Die Digital-Freiheitszonen sollen in enger Kooperation und im engen Austausch mit der Europäischen Agentur für Sprunginnovationen stehen</p> <p>Setzen sich dafür ein, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden</p>		<p>Wollen Stärkung europäischer IT-Kompetenzen im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten, um verstärkt europäische Hard- und Systemsoftware zu entwickeln</p>

Fortsetzung Digitalisierung	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
				<p>Ziel sollte eine weitestgehend autarke EU mit eigenen Cloud-Anbietern und europäischen Datenschutzstandards sein, um etwa die Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern zu verringern und damit die Daten von Bürger/innen und von Unternehmen besser zu schützen</p> <p>Setzen sich für eine digitale Verwaltung ein Fordern eine EU-E-Residency nach dem Vorbild Estlands</p> <p>Wollen den Anwendungsbereich der DSGVO auch auf die europäischen Institutionen, insbesondere auf die Europäische Kommission, erstrecken Wollen, dass Daten, die aus der EU in andere Staaten übermittelt werden, grundsätzlich dem gleichen Schutzniveau unterliegen wie in der EU</p>		

## Klima- und Energiepolitik

Klimapolitik	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen das Pariser Klimaabkommen konkretisieren und umsetzen</p> <p>Möchten die Emissionen von Treibhausgasen mit einem wirksamen Preisschild versehen</p> <p>Setzen sich dafür ein, auf wirkungslose nationale oder europäische Einzelverbote zu verzichten</p>	<p>Wollen die Energiewende fortsetzen. Das gilt für Elektrizität ebenso wie für Wärme und Kälte und den Mobilitätssektor</p> <p>Fordern stärkere Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung: Unterstützen, um das Ziel des Pariser-Abkommens zu erreichen, eine Anhebung des europäischen Klimaschutzziels auf mindestens 45% Treibhausgasminderung bis 2030 (Basisjahr 1990). Sowie das langfristige Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050</p>	<p>Für einen europaweiten Ausstieg aus Kohle, Atomstrom und weiteren fossilen Energieträgern sowie einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien</p> <p>Deutschland muss mit einigen EU-Staaten einen gemeinsamen CO2-Mindestpreis einführen</p> <p>Für eine kohärente Politik in der EU, die sich an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, am Klimaabkommen von Paris, an der Aktionsagenda von Addis Abeba und an der Agenda 2063 der Afrikanischen Union orientiert</p>	<p>Fordern eine europäische Klimapolitik mit abgestimmten Zielen</p> <p>Bekennen sich zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der VN und zum Pariser Klimaabkommen</p> <p>Wollen, dass CO2-Reduktionsziele für die EU ambitioniert, systemisch sinnvoll, und langfristig verlässlich und umsetzbar gesetzt werden</p> <p>Ab 2050 oder sogar früher keine fossilen CO2-Zertifikate mehr</p> <p>Schlagen vor, dass EU-Mitgliedstaaten im eigenen Land nicht erreichte CO2-Einsparungsziele gegen die Finanzierung von ebenso wirksamen, aber kostengünstigeren CO2-Einsparungen in Ländern außerhalb der EU verrechnen können</p>	<p>Die EU-Klimapolitik muss am Hauptziel des Pariser Klimaschutzabkommens ausgerichtet werden: die Erderwärmung möglichst auf maximal 1,5 Grad gegenüber vorindustriellen Werten zu begrenzen</p> <p>Es bedarf eines europäischen Klimaschutzplans</p>	<p>Lehnen die Pariser Klimavereinbarung ab</p> <p>Lehnen alle EU-Maßnahmen ab, welche die Reduzierung von CO2-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen</p> <p>Wollen den Handel mit CO2-Zertifikaten einstellen</p>

Energiepolitik	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90 / Die Grünen	FDP	DIE LINKE	AfD
	<p>Wollen europaweiten Ausbau emissionsarmer bzw. erneuerbarer Energien. Setzen sich ein für die Förderung von Innovation und stärkere Vernetzung des europäischen Energiemarkts. Ein funktionierender Energiebinnenmarkt erhöht die Kosteneffizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Energieversorgung in Europa</p> <p>Fordern eine bessere Verknüpfung des Stromnetzes in Europa, um die unterschiedliche Verfügbarkeit der erneuerbaren Energien noch besser auszugleichen und den Mix unterschiedlicher Energieträger in Europa besser nutzen zu können</p> <p>Für Wettbewerbsfähigkeit Europas, einen effizienten und wirksamen Klimaschutz und die bessere Verbreitung von „grünen Technologien“ muss sich Europa mit Nachdruck für eine international wirksame Bepreisung von Treibhausgasemissionen einsetzen</p>	<p>Wollen weiterhin ambitionierte Schritte zur schnelleren Umstellung des Energiemixes hin zu mehr erneuerbaren Energien in ganz Europa vereinbaren</p> <p>Unterstützen das Ziel von 32,5% Energieeffizienz bis zum Jahr 2030 in der EU</p> <p>Setzen sich für einen Fahrplan zum europäischen Atomausstieg ein</p>	<p>Für Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien</p> <p>Die Partei lehnt das Projekt Nord Stream 2 und neue Pipelineprojekte und Frackingvorhaben ab</p> <p>In Europa muss jedes neue Gebäude energieeffizient sein und erneuerbare Energien selbst erzeugen</p> <p>Die EU-Energieaußenpolitik muss auf Nachhaltigkeit und einen Dialog auf Augenhöhe im Interesse der betroffenen Staaten setzen. Zu einer solchen gemeinsamen EU-Außenpolitik ist daher eine starke, auf erneuerbaren Energien basierende Energieunion notwendig</p>	<p>Fordern einen europäischen Netzentwicklungsplan, der Maßnahmen zum Netzausbau, Berechnungen zu Back-up-Kapazitäten und Anreize zu Investitionen in intelligente Netze umfasst</p> <p>Respektieren die Entscheidung anderer europäischer Länder, weiter auf die Kernkraft zu setzen. Fordern jedoch die effektive Durchsetzung eines einheitlichen europäischen Sicherheitsniveaus für die Nutzung von Kernkraft</p> <p>Setzen sich für eine gemeinsame europäische Energiepolitik ein, die es der Europäischen Union (EU) ermöglicht, ihre Energiequellen zu diversifizieren und ihre Energieabhängigkeit von einzelnen Lieferanten zu reduzieren</p>	<p>Bis zum Jahr 2040 soll die Energieerzeugung vollständig aus erneuerbaren Quellen und hauptsächlich dezentral organisiert sein</p> <p>Wollen Kohleausstieg bis 2030 und eine komplette Versorgung durch erneuerbare Energien bis 2040</p>	<p>Energiepolitik ist eine hoheitliche Aufgabe souveräner Staaten</p> <p>Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas, Wasserkraft und Kernkraft ist Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik</p> <p>Wollen, dass sich Deutschland wieder an der Entwicklung neuartiger Typen von Kernreaktoren beteiligt</p>

	zen					
<b>Fortsetzung Energiepolitik</b>	<b>CDU/CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	<b>FDP</b>	<b>DIE LINKE</b>	<b>AfD</b>
	<p>Der Ausstieg aus der Kohle- und Kernkraft darf nicht durch emissionsintensiven Strom aus anderen Ländern ersetzt werden</p> <p>Bei der Erdgasversorgung darf sich Europa nicht von einzelnen Ländern abhängig machen. Versorgung soll daher breit abgestützt werden</p>		<p>Um das Ziel von 100% erneuerbarer Energie in Europa für 2050 zu erreichen, muss die Förderung von Photovoltaik, Windenergie, Biomasse und anderen regenerativen Stromquellen auch auf europäischer Ebene noch stärker vorangetrieben werden</p>	<p>Fordern, dass für Deutschland wichtige Energieinfrastrukturprojekte wie die Erdgaspipeline Nord Stream 2 künftig auf europäischer Ebene abgestimmt und die Verhandlungen darüber von der Europäischen Kommission geführt werden</p>		

## Quellenangabe

- › **Wahlprogramm CDU/CSU**  
[https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf?file=1&type=field\\_collection\\_item&id=18290](https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/europawahlprogramm.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=18290) (28.03.2019).
  
- › **Wahlprogramm SPD**  
[https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa\\_ist\\_die\\_Antwort/SPD\\_Europaprogramm\\_2019.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Europa_ist_die_Antwort/SPD_Europaprogramm_2019.pdf) (28.03.2019).
  
- › **Wahlprogramm FDP**  
<https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/02/26/2019-01-27-bpt-europas-chancen-nutzen-das-programm-der-freien-demokraten-zur-europawahl-2019.pdf> (28.03.2019).
  
- › **Wahlprogramm Bündnis 90/ Die Grünen**  
[https://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/B90GRUENE\\_Europawahlprogramm\\_2019.pdf](https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/B90GRUENE_Europawahlprogramm_2019.pdf) (28.03.2019).
  
- › **Wahlprogramm DIE LINKE**  
[https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm/Europawahlprogramm\\_2019\\_-\\_Partei\\_DIE\\_LINKE\\_\\_Druckversion\\_.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE__Druckversion_.pdf) (28.03.2019).
  
- › **Wahlprogramm AfD**  
[https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD\\_Europawahlprogramm\\_A5-hoch\\_web\\_150319.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf) (28.03.2019).

## Impressum

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

#### Jakov Devčić

Referent Europapolitik  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
T +49 30 / 26 996-3280  
[jakov.devcic@kas.de](mailto:jakov.devcic@kas.de)

#### Franziska Fislage

Referentin Internationaler Parteidialog  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
T +49 30 / 26 996-3499  
[franziska.fislage@kas.de](mailto:franziska.fislage@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Sankt Augustin/Berlin  
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Titelbild: Eigene Darstellung.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)